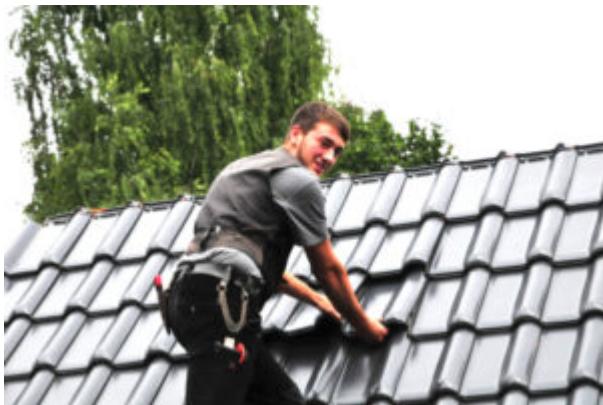


Herbstkonjunktur im brandenburgischen Handwerk: Politikskepsis gibt Anlass zur Sorge



Cottbus/Frankfurt (Oder)/Potsdam. Die aktuelle Geschäftslage im brandenburgischen Handwerk zeigt sich in diesem Herbst robuster als erwartet. Das geht aus den Konjunkturberichten der drei Handwerkskammern des Landes Brandenburg hervor, die am 18. Oktober vorgestellt wurden. Angesichts der unsicheren geopolitischen Lage, weiterhin hohen Energiepreisen, anhaltender Inflation und der angespannten Fachkräftesituation stehen die brandenburgischen Handwerksbetriebe vor vielen Herausforderungen. Die Gut- und Befriedigend-Bewertungen zur Geschäftslage zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr mit 82,1 Prozent stabil (Ostbrandenburg: 86,0 Prozent, Westbrandenburg: 83,1 Prozent, Südbrandenburg: 77,2 Prozent). Über alle Branchen hinweg betrachtet liegt der durchschnittliche Auftragsvorlauf noch immer bei zirka 11 Wochen (Ostbrandenburg: 10,3, Westbrandenburg: 12,2 Wochen, Südbrandenburg: 10,2 Wochen), wenngleich rund 30 Prozent der Betriebe von sinkenden Auftragsvorläufen berichten.

Die Aussichten des brandenburgischen Handwerks fallen mit Blick auf die Nachfrage und ausbleibende Aufträge alles andere als optimistisch aus.

30,2 Prozent der Befragten gehen in den kommenden Wochen von einer weiteren Verschlechterung ihrer Geschäftslage aus (Ostbrandenburg: 26,0 Prozent, Westbrandenburg: 31,0 Prozent, Südbrandenburg: 33,6 Prozent). Nur noch 10,3 Prozent der befragten Handwerksbetriebe rechnen mit einer besseren Geschäftslage. Per Saldo ergibt sich aus den Zahlen ein Minus von 19,9 Prozentpunkten.

Dazu sagt **Robert Wüst**, Präsident des Handwerkskammertages Land Brandenburg: „Die wirtschaftliche Situation ist mit Blick in die Zukunft in unseren Handwerksbetrieben von großen Unsicherheiten geprägt. Ob es um

bezahlbare Energie, Fachkräftesituation oder Bürokratiebelastungen geht – die Sorgen im brandenburgischen Handwerk sind groß. Besonders die Baubranche, die in den letzten Jahren verlässlicher Konjunkturmotor im Handwerk war, befürchtet im kommenden Jahr einen weiteren Auftragseinbruch. Deshalb müssen Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen und der 14-Punkte-Plan vom Wohnbaugipfel ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden. Nur durch positive Signale und Investitionsanreize kann im kommenden Jahr ein Zusammenbruch der Baukonjunktur verhindert werden.“